

Pressemitteilung

Wiesbaden, den 11. März 2021

Kosten für Schutz der bedrohten Frankfurter Rechtsanwältin Basay-Yildiz

Der Hessische Innenminister will sich aus der Verantwortung stehlen!

Landesausländerbeirat fordert unbürokratische Kostenübernahme

Der Vorsitzende des Landesausländerbeirat, Enis Gülegen, erklärte zu der Weigerung des Hessischen Innenministers, die Kosten für Schutzmaßnahmen von Frau Rechtsanwältin Seda Basay-Yildiz zu übernehmen, heute in Wiesbaden:

„Es ist die Aufgabe der Polizei, bedrohten Menschen beizustehen und sie zu schützen. Aber bei Frau Basay-Yildiz hat die Polizei auf ganzer Linie versagt: nicht nur, dass sich die Betroffene auf Anraten der Polizei selbst um individuelle Schutzmaßnahmen kümmern muss. Die Schutzmaßnahmen sind nur deshalb nötig geworden, weil ihre Daten im Polizeicomputer in Frankfurt abgefragt worden sind.“

„Es darf nicht sein, dass die Betroffene in dieser Lage, die von der Polizei verursacht worden ist, nun auch noch mit hohen Kosten allein gelassen wird. Dies ist unverantwortlich“ so Gülegen weiter.

Es gelte nach wie vor, die näheren Umstände der Abfrage des Polizeicomputers umfassend und lückenlos aufzuklären. Die Verantwortlichen müssen in ihren Bemühungen glaubwürdig bleiben.

Dazu gehöre, dass die individuellen Schutzmaßnahmen, die Frau Basay-Yildiz aufgrund eines Fehlverhaltens der hessischen Polizei ergreifen musste, völlig diskussionslos erstattet werden. Dies sei eine Frage des Anstands und des Respekts der schuldlosen Betroffenen gegenüber.

"Der Hessische Innenminister sollte zu seiner Verantwortung stehen und nicht versuchen, sich davon durch eine Verdrehung der Tatsachen heraus zu winden“ mahnte Gülegen.